

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 1

Artikel: Eine kritische Bestandsaufnahme : Ungarns politische und wirtschaftliche Talfahrt
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092665>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ungarns politische und wirtschaftliche Talfahrt

Eine kritische Bestandsaufnahme

Nach aussen hin gibt sich Ungarns Regierung mit der inneren Entwicklung betont zufrieden. Um das alles mit Zahlen zu belegen, wird von stets steigenden Exportquoten und Devisenreserven (zurzeit über vier Milliarden Dollar) gesprochen. Der Westen registriert dankbar diese Erfolgsmeldungen: endlich mal ein Hoffnungsschimmer aus Osteuropa.

Doch der Schein trägt gewaltig. Bedauerlicherweise geht es seit dem Systemwechsel Anfang 1990 wirtschaftlich rapide bergab. Die Warenproduktion fiel in zweieinhalb Jahren um 40 Prozent zurück. Der Kaufkraftverlust der Bevölkerung steigt dementsprechend. Die Arbeitslosenzahl liegt weit über einer halben Million und klettert weiter nach oben. Die politische Stimmung der Bevölkerung ist äusserst gereizt, wie es auf Nebenschauplätzen schon wiederholt zum Ausdruck kam. Und eine Wende ist nicht abzusehen.

Ausbau des Rechtsstaates

Über dieses widersprüchliche Bild, das Ungarn nach aussen und innen zeigt, gab die Hauptfigur des ungarischen Systemwechsels vor drei Jahren, der ehemalige Reformkommunist Imre Pozsgay, während seiner Deutschlandreise in Mannheim in einem Gespräch mit unserer Zeitung eine beachtenswerte Analyse. Pozsgay, der mit seiner sozialistischen Vergangenheit gebrochen und im September eine Zentrumspartei gegründet hat, hält die lange politische und wirtschaftliche Talfahrt seines Landes nicht für unvermeidbar. Das Résumé des Gesprächs:

Einige positive Systemwechsel muss man unbedingt hervorheben. Beachtung verdient vor allem die friedliche Art des Übergangs, zumal dies richtungweisend für ganz Osteuropa war. Nach den ersten freien Parlamentswahlen kam es zu einem raschen Ausbau des Rechtsstaates. Der Pluralismus, das Mehrparteiensystem, funktioniert in verfassungsmässigem Rahmen ungehindert.

Aber der friedliche Ablauf des Systemwechsels brachte nicht nur Vorteile mit sich. So gab es dabei keine

grossen Massenbewegungen, aus denen politische Parteien hätten entstehen können. Die heutigen Parlamentsparteien kamen durch Übereinkunft der Eliten beziehungsweise ihrer Gegensätze zustande. Sie waren und sind nicht im Volk verwurzelt, sondern nur geistige Lagerstätte. Daher rührt es, dass die Parteien im Parlament nicht über das Regieren, also die wichtigsten Probleme, streiten, sondern sie tragen dort ihre Machtkämpfe aus.

Altlasten wirken nach

Hauptsächlich beschäftigen sie sich mit viel Hass vor der Öffentlichkeit miteinander. Kein Wunder also, dass sich in der Bevölkerung eine starke parlamentsfeindliche Stimmung entwickelte, so dass man Abgeordnete bei öffentlichen Veranstaltungen nur selten zu Wort kommen lässt. Zu den Unfähigkeiten der Gesetzgeber, auf grundlegende wirtschaftliche Fragen eine kompetente Antwort zu geben, kommt noch der Dilettantismus, mit dem der Wähler in den Staatsämtern konfrontiert wird.

Die Reform des Staatshaushalts blieb aus. Die Staatsfinanzen werden nach wie vor so verwaltet wie vor 10, 20 oder 30 Jahren im kommunistischen System, das heisst nicht weniger als 60 Prozent der im Lande produzierten Einkommen fliessen durch den Staatshaushalt. Die Regierung hat sich mit diesem System offenbar angefreundet, weil es für sie Macht und Kontrolle über die Gesellschaft bedeutet. Vermutlich deshalb wartet

die Regierung mit der Privatisierung der Wirtschaft in den Schlüsselpositionen ab. In anderen Bereichen wiederum lässt sie solche Formen der Privatisierungen zu, die die Verminderung der Produkte und die Schrumpfung der Wirtschaft verursachen.

So kommt ausländisches Kapital oft nur mit dem Ziel der Marktbeschaffung nach Ungarn — ohne Beschäftigungs- oder Investitionsverpflichtung. Nur einige Beispiele: Die ungarische Zuckerindustrie geriet in französische Hand. Seither ist der Anbau von Zuckerrüben (200 000 Morgen) eingestellt worden. Zur Verarbeitung wird in die ungarischen Fabriken jetzt französischer Flüssigzucker geliefert. Seit die Firma Nestlé die grösste ungarische Schokoladefabrik aufgekauft hat, verschwanden die ungarischen Schokoladeprodukte vom Markt.

Kritik am Währungsfonds

All diese Prozesse werden auch von absurden ökonomischen Phänomenen begleitet. Obwohl die Inflation (zurzeit etwa 25 Prozent) allein vom Staat gemacht wird, steht im Zentrum der Wirtschaftspolitik die Bekämpfung der Inflation mit einer äusserst restriktiven Finanzpolitik, die auch vom Internationalen Währungsfonds verlangt wird, der auf dem westlichen Kredithahn sitzt. Statt mit wachstums- und beschäftigungsfördernden Massnahmen den Rahmen für die Marktwirtschaft zu schaffen, geschieht das Gegenteil, ein Schrumpfungsprozess, der die

ohnehin kaputte Wirtschaft in diesem kapitalarmen Land noch kränker macht. Die Gründe der politischen Unzufriedenheit sind also in einer verfehlten Wirtschaftspolitik zu suchen.

Nicht weniger merkwürdig dabei ist, dass die restriktive Wirtschaftspolitik (äusserst begrenzte Kreditmöglichkeiten zurzeit mit über 30 Prozent Zinsen) schon seit 1973 von einer Gruppe liberaler Finanz- und Wirtschaftsfachleute getragen und betrieben wird. Unbegreiflich auch, dass dieser falsche Wirtschaftskurs von drei kommunistischen und jetzt auch von der Antall-Regierung voll akzeptiert wurde. Diese liberale Gruppe, die die restriktive monetäre Politik mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds den in diesen Fragen wenig versierten Regierungen aufzwang, behauptet, dass allein dieser Weg im Hinblick auf die Einbindung in die Weltwirtschaft vertretbar sei.

Das Resultat ist bekannt. Ohne Kapital gibt es keinen Aufschwung. Um Ungarn aus der wirtschaftlichen Lethargie herauszureissen, braucht man auch einen wirtschaftlichen Systemwechsel, und zwar eine kräftige Wachstumspolitik.

Nach Pozsgays Darstellung wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung Tag für Tag, weil die grosse Masse der Arbeitnehmer in diesem politischen und wirtschaftlichen Trauerspiel eine akute Gefahr für ihre persönliche Existenz sieht. *Joseph Pozsgai*

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's